



BAYERISCHER STÄDTETAG

Verband der zentralen Orte Bayerns

Informationsbrief

Nr. 12/2014

Dezember

- **Zum Jahreswechsel.** Seite 1
- **Landesentwicklung und Kommunen als Partner für die Heimat.** Seite 2
- **Forum von Akademie für Politische Bildung und Städtetag zu LEP.** Seite 3
- **Stabilisierungshilfen für strukturschwache Kommunen.** Seite 4
- **Verhaltener Anstieg bei der Gewerbesteuer.** Seite 5
- **Kinder von Flüchtlingen in Kindertageseinrichtungen.** Seite 6
- **EU-Koordinatoren aus Bayern in Brüssel.** Seite 7
- **Kämmerertagungen 2014 des Bayerischen Städtetags.** Seite 8

Impressum

Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,
Tel. 089/29 00 87-0, Fax: 089/29 00 87-70

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Internet: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Bernd Buckenhofer

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Zum Jahreswechsel

Das Herz des demokratischen Staatswesens schlägt in den Städten und Gemeinden. Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie: Die Menschen erleben oft staatliches Handeln zuerst als kommunales Handeln. In den Städten und Gemeinden entscheidet sich das Schicksal unserer Gesellschaft. Städte und Gemeinden geben den Menschen Identität, hier finden die Menschen Identifikation und Heimat. Nur wenn die Demokratie in den Kommunen funktioniert, stimmt auch die Basis für den Staat.

Im März haben die Bürgerinnen und Bürger abgestimmt, wer künftig die politische Arbeit in den Rathäusern bestimmt. Für den Bayerischen Städtetag bedeuten die Kommunalwahlen einen Umbruch: Im Vorstand sind Mitglieder ausgeschieden, die dem Verband lange Gesicht und Stimme gegeben haben. Die Neukonstituierung ist nun abgeschlossen, die neuen Gremien haben ihre Arbeit aufgenommen. Die Gremienmitglieder bestimmen in den Ausschüssen als Vertreter der Bürgerschaft die Richtung und die Ziele des Städtetags. Die politischen Aufgaben bleiben anspruchsvoll, von Finanzen über Landesentwicklung bis zu Ganztagschule und Sozialpolitik.

Der Bayerische Städtetag dankt seinen engagierten Mitgliedern, den Partnern aus Politik, Medien, Verbänden, Wirtschaft und Gesellschaft für die gute Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien friedvolle Weihnachten und ein gutes Jahr 2015.

*Dr. Ulrich Maly Bernd Buckenhofer
und das Team der Geschäftsstelle*

Forum der Akademie für Politische Bildung und des Bayerischen Städtetags (1)

Landesentwicklung und Kommunen: Partner für die Heimat?

Beim Kommunalpolitischen Forum der Akademie für Politische Bildung und des Bayerischen Städtetags unter dem Motto „Landesentwicklung und Kommunen: Partner für die Heimat?“ diskutierten der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, mit Finanzminister Dr. Markus Söder über die Intensität dieser Partnerschaft. Maly legte dar, warum die bayerischen Städte und Gemeinden die Staatsregierung auffordern, wieder verstärkt auf Landes- und Regionalplanung zu setzen. Gute Landesplanung und kommunale Planungshoheit widersprechen sich nicht, sondern greifen ineinander. Städte und Gemeinden wollen keinen Dirigismus. Sie benötigen aber Leitplanken, innerhalb derer sich die kommunale Planungshoheit im Miteinander aller Städte und Gemeinden entfalten kann.

Söder misst der Landesplanung eine exponierte Stellung zu. Landesentwicklung allein könnte ein Bayern der zwei Geschwindigkeiten nicht verhindern. Aber sie könnte die Potentiale in den ländlichen Räumen aktivieren. Das beste Landesentwicklungsprogramm hilft den Kommunen nicht, wenn es in der Praxis keine Effekte erzielt. Ziel sei, den Gemeinden eigene Entwicklungs-perspektiven zu geben. Die Heimatstrategie der Staatsregierung setze auf mehrere Säulen: den Finanzausgleich mit Stabilisierungshilfen, die Erschließung des Landes mit Breitband, die Dezentralisierung von Bildungseinrichtungen und das originäre Landesentwicklungsprogramm. Eine Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms gebe es derzeit nicht, jedoch sind punktuelle Änderungen angedacht. Neben der räumlichen Erweiterung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf und einer gemeindescharfen Bezeichnung besonders bedürftiger Kommunen, der Fortschreibung des Zentrale-Orte-Systems hin zu einem individuellerem System, stehen weitere Ausnahmen der Zielbe-stimmung im Fokus, neue Siedlungsflächen in

Anbindung an bestehende Siedlungsstrukturen zu entwickeln.

Maly mahnt den Heimatminister, die verbliebenen wirksamen Steuerungsinstrumente nicht übereilt für kurzfristige Bedarfe, etwa dem Discounter auf der grünen Wiese zu opfern. Die Prozesse, die Landesentwicklung steuern kann – die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels oder die Ausweisung von Gewerbegebieten – müssen auch gesteuert werden. Dabei muss eine gute städtische wie regionale Planung auch einmal Nein sagen – etwa in der Sprache des Anbindegebots. Nur so werde ein Siedlungsbrei – wie an manchen italienischen Autobahnen – verhindert. Gewerbegebiete und „AldiLidlTakoKiks“ auf der grünen Wiese sind keine Antwort auf den demografischen Wandel, sondern bedeuteten auf lange Sicht Kulturverlust. Ziel und Maßstab allen Handelns ist die als Verfassungsgrundsatz vorgegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dabei kann die Breitbandinitiative als Vorbild für die Anbindung der ländlichen Räume an den Öffentlichen Nahverkehr und an das Straßennetz dienen. Mit einer intelligenten Landesplanung, mit der Bereitschaft, Nein zu sagen, erhalten wir das Weichbild der bayerischen Landschaft, ohne sie aber in Kunstharz zu gießen. Abwanderung lässt sich nicht durch Landes- und Regionalplanung verhindern, wohl aber steuern und reduzieren. Der Schlüssel zum Steuern liegt weniger in der Behördenverlagerung als in der Verteilung von Hochschulen. Die Wissenschaft bringt Urbanität und bindet Wirtschaft und junge Menschen. Ein gutes Landesentwicklungsprogramm steuert, schützt und stützt. Mit diesen Ansprüchen muss die Fortschreibung des Anbindegebots und des Zentrale-Orte-Systems angegangen werden.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Forum der Akademie für Politische Bildung und des Bayerischen Städtetags (2)

Das LEP will die Entwicklung des gesamten Landes steuern

Beim Kommunalpolitischen Forum der Akademie für Politische Bildung und des Bayerischen Städtetags in Nürnberg referierte Altoberbürgermeister Josef Deimer über die Entstehung der Landesplanung. Sie hat der langjährige Vorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetags maßgebend mitgeprägt. Deimer unterstrich die gestaltende Rolle der Kommunen in ihrer jeweiligen Region. Gabi Troeger-Weiß, Professorin an der Technischen Universität Kaiserslautern und ehemalige Referatsleiterin im Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen referierte über die Einflussmöglichkeiten der Landesplanung auf die Daseinsvorsorge. Der Direktor des Regionalverbands Südlicher Oberrhein, Dr. Dieter Karlin, sprach über die Zusammenhänge der Landesentwicklung und der europäischen Förderpolitik.

Nicht zuletzt mit Blick auf das Zentrale-Orte-System vermisst der Städtetagsehrenvorsitzende Deimer, dass klare Konsequenzen an landesplanerische Zielvorgaben geknüpft werden. Ein schlagkräftiges Landesentwicklungsprogramm benötige finanzielle Konsequenzen. Anspruch des Landesentwicklungsprogramms sei stets gewesen, die Entwicklung des ganzen Landes zu steuern. Eine Beschränkung auf den nordbayerischen Raum – diese Ausrichtung lasse die aktuelle Nordbayerninitiative der Staatsregierung vermuten – provoziere eine neue Nord-Süd-Rivalität. Die Bedarfe aller Bürger müssen abgedeckt werden, zum Beispiel in Marktredwitz und Kaufbeuren gleichermaßen. Die Stadt ist Identifikationspunkt einer Region und Ort der Begegnung. Die Landes- und Regionalentwicklung hat einen Anteil an der Planung städtischer Lebensqualität.

Professorin Gabi Troeger-Weiß von der Technischen Universität Kaiserslautern blickt der Entwicklung der ländlichen Räume als Wohn- und

Wirtschaftsstandorte der Zukunft positiv entgegen. Senioren könnten als Chance betrachtet werden. „Sun-Cities“ in Florida würden dies belegen. Troeger-Weiß betonte die Notwendigkeit der Herstellung und Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Diese gesellschaftliche Aufgabe stehe nicht zur Disposition. Jedoch müsse eine Verteilungsgerechtigkeit hinterfragt werden.

Es gibt laut Troeger-Weiß nicht einen einheitlichen ländlichen Raum, sondern vielfältige ländliche Räume mit unterschiedlichen Herausforderungen. Ziel sei, allen ländlichen Räumen vergleichbare Startchancen, vergleichbare Entwicklungsmöglichkeiten, Zugang zu öffentlichen und privaten Einrichtungen der Daseinsvorsorge, vergleichbaren Zugang zu Fördermöglichkeiten, vergleichbare Lebensqualitäten, vergleichbare Qualifikationschancen für Arbeitnehmer sowie vergleichbare Innovationsmöglichkeiten für Unternehmen zu geben.

Dr. Dieter Karlin, der Direktor des Regionalverbands Südlicher Oberrhein, sieht die Aufgabe des Planungsverbands als Planer und Impulsgeber. Geschickte Planung, eine kleinräumige Betrachtung und Untersuchung der Rahmenbedingungen und der Bevölkerungsentwicklung innerhalb der Region und der Austausch mit Akteuren mit vergleichbarer Betroffenheit seien unverzichtbare Elemente des Umgangs mit den Folgen des demografischen Wandels. Eine geschickte Planung beziehe die Auslotung von Fördermöglichkeiten der Europäischen Union mit ein.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Stabilisierungshilfen: Ergebnis des Verteilerausschusses

Hilfe für strukturschwache und finanzschwache Kommunen

Im Jahr 2014 erhalten 143 besonders finanz- und strukturschwache Städte und Gemeinden sowie ein Drittel der bayerischen Landkreise Finanzhilfen von 100 Mio. Euro. Die Mittel konzentrieren sich auf den nordöstlichen Teil Bayerns.

Innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erhalten Kommunen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden (z.B. wenn die Steuerkraft dauerhaft in erheblichem Maß unter dem Landesdurchschnitt liegt, hohe Verschuldung) oder mit strukturellen Härten zu kämpfen haben (z.B. Einwohnerrückgang, hohe Arbeitslosigkeit), finanzielle Unterstützung in Form von Bedarfzuweisungen und Stabilisierungshilfen. Insgesamt stehen in diesem Jahr 100 Mio. Euro zur Verfügung. Auf der Grundlage des Verteilungsvorschlags des Finanzministeriums und Innenministeriums wurden Ende November im Verteilerausschuss, in dem auch die kommunalen Spitzenverbände vertreten sind, insgesamt 210 Anträge von Städten, Gemeinden und Landkreisen behandelt. Die überwiegende Zahl der Anträge stammte aus den Regierungsbezirken Oberfranken und Oberpfalz. 169 Anträge wurden positiv verbeschieden.

Ein Großteil der Finanzhilfen fließt den Kommunen in Form von Stabilisierungshilfen (89,2 Mio. Euro) zu. Sie zielen schwerpunktmäßig auf den Abbau des zum Teil äußerst hohen Schuldenstandes ab. Ein Teil der Stabilisierungshilfen (19,3 Mio. Euro) kann dieses Jahr erstmalig für notwendige Investitionen in die kommunale Grundausstattung verwendet werden. Neben der Erfüllung der Förderkriterien ist ein nachhaltiger Konsolidierungswille der betroffenen Kommunen zwingende Voraussetzung. Dazu gehört die Umsetzung eines vom Rat oder Kreistag beschlossenen Konsolidierungskonzeptes, das einer

jährlichen Fortschreibung bedarf. Mit den klassischen Bedarfzuweisungen (10,9 Mio. Euro) soll insbesondere Städten und Gemeinden mit Steuereinbrüchen geholfen werden.

Wie schon im Vorjahr wurde der regionale Förderschwerpunkt auf den nordöstlichen Teil Bayerns gelegt. Die Finanzhilfen gehen weitgehend in die Regierungsbezirke Oberfranken (rund 50 Prozent), Oberpfalz (rund 20 Prozent), Niederbayern (rund 13,5 Prozent) und Unterfranken (rund 11 Prozent). Die Kommunen im Landkreis Wunsiedel erhalten mit knapp 20 Mio. Euro in Summe den höchsten Anteil.

Die Finanzzuweisungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Rückführung der Verschuldung und geben einen Impuls für notwendige Investitionen in strukturschwachen Regionen Bayerns. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass ein Großteil der Mittel (rund 75 Mio. Euro) aus dem Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund stammt und folglich bei den Schlüsselzuweisungen fehlt. Im Jahr 2015 wird der kommunale Anteil um weitere 4 Mio. Euro aufgestockt, so dass unter Berücksichtigung von zusätzlichen staatlichen Mitteln (16 Mio. Euro) insgesamt 120 Mio. Euro zur Verfügung stehen werden. Dies unterstreicht die kommunale Solidargemeinschaft. Allerdings haben viele Städte und Gemeinden, die nicht die Voraussetzungen der Stabilisierungshilfen erfüllen, ebenfalls mit einer angespannten Haushaltsslage zu kämpfen und schieben dringende Investitionen vor sich her. Die Finanzhilfen sollten daher künftig aus staatlichen Haushaltssmitteln kommen.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

Kommunale Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2014

Verhaltener Anstieg bei der Gewerbesteuer

Nach einem Minus im ersten Halbjahr steigen die Gewerbesteuereinnahmen der bayerischen Städte und Gemeinden im dritten Kalendervierteljahr 2014 wieder an. Für 2014 zeichnet sich aber allenfalls ein verhaltener Anstieg ab. Dagegen setzt sich der Aufwärtstrend bei der Einkommensteuerbeteiligung weiter fort, sie könnte mittelfristig zur wichtigsten Einnahmeart werden.

Das Statische Landesamt hat Anfang Dezember die Ergebnisse der kommunalen Kassenstatistik für das 3. Quartal 2014 bekannt gegeben, die einen Gesamtüberblick zur aktuellen Finanzlage der bayerischen Kommunen geben. Demnach sind die Steuereinnahmen (Netto) im dritten Kalendervierteljahr gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Prozent auf 3.972 Mio. Euro gestiegen. Grund für den deutlichen Zuwachs sind die gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen. Das Netto-Gewerbesteueraufkommen (1.786 Mio. Euro) verzeichnete ein Plus von 16,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal, nachdem es in den ersten beiden Quartalen einen Rückgang um jeweils -2,1 Prozent und -3,7 Prozent gab.

Bei den kreisfreien Städten fiel der Zuwachs (+ 25,7 Prozent) deutlich aus. Allerdings mussten die kreisfreien Städte im ersten Halbjahr einen deutlichen Rückgang verkraften (-10 Prozent). Vor dem Schlussquartal verzeichnen sie nun ein Minus von 0,3 Prozent zum Vorjahresergebnis. Bei den kreisangehörigen Gemeinden gab es bei der Gewerbesteuer (Netto) im ersten Halbjahr einen Zuwachs um 4,4 Prozent. Im dritten Quartal stieg das Aufkommen um 7,9 Prozent auf 819 Mio. Euro. Auch wenn der Anstieg bei der Einkommensteuerbeteiligung (1.577 Mio. Euro) im dritten Kalendervierteljahr um 3,9 Prozent unter den Zuwachsraten der vorangegangenen Quartale lag, setzt sich die positive Entwicklung aufgrund der guten Lage

auf dem Arbeitsmarkt fort. Wegen der anhaltenden Wachstumsdynamik könnte das Aufkommen bei der Einkommensteuerbeteiligung nach den Prognosen der Steuerschätzung im Jahr 2018 das Gewerbesteuervolumen übertreffen.

Gesamtentwicklung: Die Steuereinnahmen (Netto) beliefen sich zum Stichtag 30. September 2014 auf 10.647 Mio. Euro (+ 4 Prozent). Wegen der oben angeführten Entwicklung bei den kreisfreien Städten gab es bei den Gewerbesteuereinnahmen (Netto) insgesamt nur einen verhaltenen Anstieg um + 2,6 Prozent auf 5.747 Mio. Euro. Die Einkommensteuerbeteiligung steigt um 8,1 Prozent auf 3.190 Mio. Euro und die Umsatzsteuerbeteiligung um beachtliche 3,2 Prozent auf 312 Mio. Euro. Auf der Ausgabenseite gab es bei den Personalausgaben (+ 5,2 Prozent) und beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+ 4,1 Prozent) einen merklichen Anstieg.

Die wiederholt deutliche Steigerung bei den Leistungen der Sozialhilfe um 7,1 Prozent auf 4.317 Mio. Euro unterstreicht die Notwendigkeit einer substanzialen Entlastung durch den Bund. Die Bauinvestitionen (3.269 Mio. Euro) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozent und die Kreditaufnahmen bleiben mit 871 Mio. Euro erneut unter der Schulden-tilgungsrate (1.151 Mio. Euro).

Aus den ersten drei Quartalen ergibt sich ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 727 Mio. Euro, der sich etwas unter dem Vorjahressaldo (767 Mio. Euro) bewegt.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

Erste Erleichterungen für Kommunen im BayKiBiG

Kinder von Flüchtlingen in Kindertageseinrichtungen

Die Städte haben einen ersten Fortschritt erzielt bei der Betreuung von Flüchtlingskindern: Unter bestimmten Voraussetzungen können Kinder von Asylbewerbern trotz fehlender freier Plätze aufgenommen werden. Der Bayerische Städtetag bemüht sich weiterhin darum, dass der Freistaat Bayern auch den kommunalen Förderanteil bei Flüchtlingskindern übernimmt.

Ende November hat das Bayerische Sozialministerium eine bis Ende 2015 befristete Ausnahmegenehmigung für die Unterbringung von Asylbewerberkindern ohne Einzelfallprüfung erteilt. Damit können unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlich Kinder von Asylbewerbern ohne Verlust der Förderung aufgenommen werden, auch wenn der Anstellungsschlüssel für bis zu drei Monate überschritten wird.

Der Hintergrund dieser Regelung ist, dass aufgrund der starken Zuwanderung von Flüchtlingen die Plätze in Kinderkrippen, Kindergärten sowie Horten vor Ort oft nicht ausreichen. Die Kinder sollen aber möglichst schnell mit einem Betreuungsangebot versorgt werden. Es handelt sich also um Notfälle, für die vorübergehend eine Sonderregelung getroffen wird, wenn zusätzliche Platzkapazitäten aufgrund des herrschenden Fachkräftemangels nicht kurzfristig geschaffen werden können. Hier haben die Städte beim Bayerischen Sozialministerium einen ersten Fortschritt erzielt.

Darüber hinaus drängt der Bayerische Städtetag seit Monaten darauf, dass der Freistaat Bayern für Flüchtlingskinder den kommunalen Förderanteil im Bereich der Kinderbetreuung übernimmt. Schließlich handelt es sich hier letztlich um den Bereich Asyl, der vom Freistaat ansonsten übernommen wird.

Asylbewerber und Flüchtlinge werden wegen des starken Zulaufs in ganz Bayern verteilt. Somit sind auch kleinere Städte und Gemeinden mit Kosten belastet, die bisher im Haushalt nicht eingeplant waren. In den größeren Städten haben sich in den letzten Monaten und Jahren die zusätzlichen Kosten hier teilweise deutlich erhöht. Während das Bayerische Sozialministerium bereits Verständnis signalisiert hat, sperrt sich das Bayerische Finanzministerium weiter gegen die Übernahme dieser Kosten.

Kontakt: julius.forster@bay-staedtetag.de

Sie können den INFORMATIONSRIEF auch elektronisch beziehen: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „**Elektronischer Abodiens**“ und klicken „**Informationsbrief und PR-Mitteilungen**“ an, um sich anzumelden.

Informationsreise auf Einladung der Europäischen Kommission

EU-Koordinatoren aus bayerischen Kommunen in Brüssel

Im November 2014 reisten die EU-Koordinatoren bayerischer Kommunen und die Europareferenten der bayerischen kommunalen Spitzenverbände auf Einladung der Europäischen Kommission zur Information über aktuelle kommunalrelevante Themen nach Brüssel. Die Möglichkeit des direkten Meinungsaustausches der Kommunalvertreter auf Arbeitsebene mit EU-Kommissionsbeamten in Brüssel wurde rege genutzt und weitere Netzwerke, auch der bayerischen kommunalen Vertreter untereinander aufgebaut.

Mit vielen wichtigen Hinweisen, Eindrücken und hilfreichen neuen Ideen – auch für EU-Fördermöglichkeiten – im Gepäck kehrten die EU-Koordinatoren bayerischer Kommunen und die Europareferenten der bayerischen kommunalen Spitzenverbände im November 2014 von einem zweitägigen Besuch in Brüssel zurück. Die Kommissionsvertreter sorgten durch ihre Aufgeschlossenheit für die Belange der Kommunen für einen guten Dialog mit den EU-Koordinatoren. Ermöglicht und finanziert hatte diese, speziell auf kommunale Fragen zugeschnittene Informationsreise, die Vertretung der Europäischen Kommission in München und das Besucherzentrum der Europäischen Kommission in Brüssel. Auch das Europabüro der bayerischen Kommunen war an der Organisation beteiligt.

Die insgesamt 20 Vertreter der kommunalen Ebene aus Bayern, darunter städtische EU-Beauftrage aus Amberg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Ingolstadt, Landshut, München, Passau, Regensburg und Sulzbach-Rosenberg konnten sich bei der Reise einen guten Überblick über aktuelle kommunalrelevante EU-Themen, wie EU-Beihilferecht, EU-Vergaberecht, EU-Energie- und Sozialpolitik, sowie die Freihandelsabkommen schaffen. Auch Fragen zur neuen EU-Förderperiode, wie der künftigen Ausgestaltung

von EU-Zuschüssen zu Städtepartnerschaftsbegegnungen und der städtischen Dimension in der EU-Regionalpolitik, wurden mit den EU-Kommissionsbeamten diskutiert.

Darüber hinaus wurde die Umsetzung der neuen europäischen Strukturfondsförderperiode von 2014 bis 2020 insbesondere im Freistaat Bayern diskutiert. Hier zeigte sich, dass die Kommission gerne eine noch stärkere Ausprägung der neuen städtischen Perspektiven in der EU-Regionalpolitik gewünscht hätte, denn immerhin leben über 60 Prozent der europäischen Bürger in Städten.

Auch zu den kommunalen Auswirkungen der Reform des EU-Beihilferechts tauschten sich die Teilnehmer kritisch aus. Hier wurde klar, dass viele bei den Kommunen noch offene Fragen, wie zum neu geregelten Bereich der Kulturbihilfen, aber auch im Sozialbereich noch nicht geklärt werden können, da auch erst die Entwicklung in der Praxis abgewartet werden muss. Weitere kontrovers diskutierte Themen waren die anstehende Umsetzung der neuen vergaberechtlichen Vorgaben aus Brüssel (darunter auch der Konzessionen) und die derzeit in der Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA bzw. Kanada (TTIP, CETA) sowie das auch für die kommunale Daseinsvorsorge relevante plurilaterale Dienstleistungsabkommen TiSA.

Es zeigte sich einmal mehr, wie wichtig ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch für beide Seiten – sowohl die lokale, als auch die europäische Ebene – ist, weil er zum besseren gegenseitigen Verständnis beiträgt.

Kontakt: andrea.gehler@bay-staedtetag.de

Kämmerertagungen 2014 des Bayerischen Städtetags

Breite Themenpalette für Kämmerer und Bürgermeister

Auch in diesem Jahr fanden im Herbst die Kämmerertagungen des Bayerischen Städtetags statt. In sechs gut besuchten Veranstaltungen informierte die Geschäftsstelle über aktuelle Themen aus dem Bereich Kommunalfinanzen. Zum Teilnehmerkreis zählten heuer auch wieder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

In enger Abstimmung mit den jeweiligen Vorsitzenden konnte eine interessante und breite Tagesordnung mit finanzrelevanten Themen zusammengestellt werden. Die Kämmerertagungen dienen nicht nur der Informationsvermittlung, sondern bieten eine sehr gute Plattform zum Erfahrungsaustausch.

Neben einem umfassenden Sachstandsbericht zur aktuellen kommunalen Finanzlage in Bayern, wie Entwicklungen bei den Steuereinnahmen und bestimmten Ausgabepositionen, Ergebnisse der Steuerschätzung und Planungsgrundlagen für den Haushalt, war der kommunale Finanzausgleich 2015 und der aktuelle Sachstand zur geplanten Reform bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen ein zentrales Thema.

Darüber hinaus standen aktuelle Finanzthemen auf Bundesebene (Solidarpakt, Länderfinanzausgleich, die im Koalitionsvertrag angekündigte Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Mrd. Euro), Änderungen im Bereich der Gemeindesteuern und Steuerbeteiligungsbeträge, Neuregelungen im Kommunalabgabengesetz sowie die anstehende Neuregelung im Umsatzsteuergesetz zur Besteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts auf der Agenda. Auch das Europarecht war Gegenstand bei den Tagungen. Denn die Kommunen werden in der täglichen Praxis immer stärker mit europarechtlichen Fragestellungen konfrontiert (z.B. Beihilfenrecht, Harmonisierung der öffentlichen

Rechnungslegungsvorschriften - EPSAS). Hervorzuheben sind die Praxisvorträge von Fachleuten aus den eigenen Mitgliederreihen zum Umsatzsteuerrecht sowie zu Billigkeitsmaßnahmen bei Sanierungsgewinnen (GewSt).

Begleitet werden die Kämmerertagungen von den jeweiligen Bezirksregierungen, die vor allem über die aktuelle Situation bei der Investitionsförderung berichten. Der Sparkassenverband Bayern und die Bayerische Landesbank gaben einen sehr umfassenden Überblick zur aktuellen Konjunktur- und Zinsmarktentwicklung. Auch die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) stellte wie jedes Jahr ihre auf dem kommunalen Sektor breit angelegten Kreditförderprogramme vor.

Personalien: Neue Vorsitzende der Kämmerertagungen wurden in Oberbayern und Unterfranken gewählt. In Oberbayern übernimmt Markus Porombka (Vaterstetten). Er folgt auf Dieter Kugler, der den Vorsitz nach 11 Jahren wegen seiner Wahl zum Ersten Bürgermeister von Röhrmoos abgegeben hat. Gerhard Schneider (Bad Kissingen) wurde in Unterfranken zum Vorsitzenden gewählt und folgt auf den langjährigen, im Dezember 2013 verstorbenen Kämmerer Martin Baldauf aus Schweinfurt.

Der Bayerische Städtetag bedankt sich herzlich bei den Oberbürgermeistern, Bürgermeistern sowie den Kämmerinnen und Kämmerern der Tagungsorte Cadolzburg, Bayreuth, Lindenbergs i. Allgäu, Straubing, Altötting und Würzburg für die Gastfreundschaft und gute Organisation.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

Nachhaltigkeitspreis für die Stadt Nürnberg

Die Stadt Nürnberg erhält den Deutschen Nachhaltigkeitspreis in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Großstädte 2014“. Der Stadt Nürnberg ist es nach Einschätzung der Jury gelungen, viele Aspekte zu einem Nachhaltigkeitshandeln in der Metropolregion zusammenzuführen. Die Stadt Nürnberg beeindruckte die Jury als BioMetropole, zeigte sich vorbildlich im Klimaschutz, in der Förderung von Biodiversität sowie im sozialen Bereich mit Bildungs- und Integrationsarbeit.

In Nürnberg wird nachhaltige Entwicklung unter anderem über integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte umgesetzt. Die Stadt Nürnberg pflegt ein Nachhaltigkeits-Monitoring mit 200 Indikatoren, das als Grundlage für regelmäßige Nachhaltigkeitsberichte dient. Der Partizipationsgedanke ist in der städtischen Politik verankert. Zusätzlich zu den traditionellen Formaten führte der Oberbürgermeister etwa die „Mobile Bürgerversammlung“ ein, in deren Rahmen über konkrete Anliegen der Bürger vor Ort diskutiert wird.

Seit Jahren engagiert sich die Stadt Nürnberg im Klimaschutz und in der Luftreinhaltung. Im Jahr 2010 wurde der Lenkungskreis „Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“ gegründet, der einen flächendeckenden Klimapakt erarbeitet hat und seit dem Beschluss durch die Ratsversammlung 2011 an dessen Umsetzung arbeitet. Der Stadtrat hat einen langfristigen Klimafahrplan bis 2050 beschlossen, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermaßen berücksichtigt.

Alpencup für Stadträte und Gemeinderäte in Ofterschwang

Die Vorbereitungen zum 42. Alpencup 2015 der Stadt- und Gemeindepalamente für Langlauf und Riesenslalom in Ofterschwang im Allgäu laufen auf Hochtouren. Im Internet steht die Ausschreibung mit allen Informationen rund um den Alpencup 2015 in Ofterschwang unter www.ofterschwang.de/alpencup2015 zum Download bereit. Anmeldeschluss (alpencup@ofterschwang.de) ist am 9. Januar 2015.

„Mach dein Kind stolz. Komm zur freiwilligen Feuerwehr!“

Der Bayerische LandesFeuerwehrVerband führt derzeit eine Kampagne unter dem Motto „Mach dein Kind stolz. Komm zur freiwilligen Feuerwehr!“ durch. Die Kampagne soll Nachwuchs für die freiwilligen Feuerwehren gewinnen. Weitere Informationen im Internet unter www.mach-dein-Kind-stolz.de.

Triathlon der bayerischen Bürgermeister in Dinkelsbühl

Im Rahmen des Citytriathlons am Sonntag, 5. Juli 2015 veranstaltet die Große Kreisstadt Dinkelsbühl unter Schirmherrschaft von Bayerischem Städtetag und Gemeindetag die „Ersten Bayerischen Triathlon Meisterschaften der Bayerischen Bürgermeister“. Weitere Informationen zum Triathlon (500 m Schwimmen, 20 km Radfahren und 5 km Laufen) im Internet unter www.citytriathlon-dinkelsbuehl.de.

Persönliche Nachrichten

Wahlen

In der Bezirksversammlung Schwaben des Bayerischen Städtetags wurden Oberbürgermeister **Stefan Bosse**, Kaufbeuren, und Oberbürgermeister **Gerhard Jauernig**, Günzburg, als Bezirksvorsitzende Schwaben des Bayerischen Städtetags wiedergewählt.

Geburtstage

Im Dezember 2014 feiern

den 80. Geburtstag: Alt-Oberbürgermeister **Dietmar Hahlweg**, Erlangen,

den 70. Geburtstag: Bürgermeister **Klaus Heisel**, Kitzingen, Stadtrat **Kurt Kindel**, Deggendorf, Mitglied im Sozialausschuss des Bayerischen Städtetags,

den 60. Geburtstag: Amtsleiter **Rupert Aigner**, Landshut, Mitglied im Finanzausschuss des Bayerischen Städtetags, Bürgermeister **Richard Fischer**, Waldkraiburg, Bürgermeister **Georg Freiberger**, Creußen, berufsm. Stadtrat **Dr. Hans-Georg Küppers**, München, Mitglied im Kulturausschuss des Bayerischen Städtetags, Bürgermeisterin **Johanna Leipold**, Eggenfelden,

den 50. Geburtstag: Oberbürgermeister **Stefan Bosse**, Kaufbeuren, Bezirksvorsitzender des Bayerischen Städtetags im Regierungsbezirk Schwaben, Sportamtsleiter **Christian Möckel**, Bayreuth, Mitglied im Sportausschuss des Bayerischen Städtetags.

Bildungsregion Landkreis Roth und Stadt Schwabach

Der Landkreis Roth und die kreisfreie Stadt Schwabach haben das Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“ erhalten. Landkreis Roth und Stadt Schwabach widmen sich der Vernetzung und Beteiligung der Bildungsakteure. Gemeinsam engagieren sie sich beispielsweise für die spezielle Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf beim Übergang in die Grundschule. 59 Landkreise und kreisfreie Städte beteiligen sich an der Initiative des Bildungsministeriums und bringen Kommunen, Jugendhilfe, Schulen und Vertreter der Wirtschaft vor Ort in Dialogforen zusammen, um die Qualität der Bildungsangebote für die jungen Menschen zu verbessern.

Lesebuch „Freude an der Mundart“

Mit der Veröffentlichung des Lesebuchs „Freude an der Mundart. Grundlagen und Anregungen für Kindergarten, Schulen und Jugendgruppen“ findet ein in den Landkreisen Rosenheim und Traunstein in rund 20 Kindergärten und Schulen durchgeföhrtes Projekt seinen Abschluss. Das Mundartprojekt findet breite Darstellung in den Handreichungen des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung und Berücksichtigung im neuen LehrplanPlus für die Grundschule. Das Lesebuch enthält Anregungen und Hinweise, wissenschaftliche Aussagen und 30 Beiträge von Künstlern, Theologen, Politikern und Mundautoren. Es ist für Förderer der Mundart in Altbayern (Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz) – in Kindergärten, Schulen und Jugendgruppen – kostenlos (zuzüglich Versandkosten), für alle weiteren Interessenten für 5 Euro zu beziehen bei: Bayernbund e.V., Münchener Str. 41, 83022 Rosenheim, Tel. 08031/9019140, Email: bayernbund@t-online.de

Neukonstituierung der Ausschüsse des Bayerischen Städtetags

Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder

Vorsitzender: Erster Bürgermeister **Josef Flatscher**, Freilassing

Stellv. Vorsitzender: N.N.

Stellv. Vorsitzender: Oberbürgermeister **Gerhard Jauernig**, Günzburg

Schriftführer: N.N.

Schriftführer: Erster Bürgermeister **Peter Kornell**, Volkach

Bau- und Planungsausschuss

Vorsitzender: Oberbürgermeister **Walter Hartl**, Rothenburg o. d. T.

Vorsitzender: Berufsm. Stadtrat **Dr. Dieter Rossmeissl**, Erlangen

Stellv. Vorsitzende: Stadtbaurätin Dr. (I) **Elisabeth Merk**, München

Stellv. Vorsitzende: Berufsm. Stadträtin **Prof. Dr. Julia Lehner**, Nürnberg

Schriftführer: Stadbaudirektor **Karl Baier**, Coburg

Schriftführerin: Erste Bürgermeisterin **Liane Sedlmeier**, Osterhofen

Finanzausschuss

Vorsitzender: Oberbürgermeister **Christian Schuchardt**, Würzburg

Personal- und Organisationsausschuss

Stellv. Vorsitzender: Erster Bürgermeister **Jürgen Seifert**, Prien a. Chiemsee

Vorsitzender: Stadtrat Staatssekretär a. D. **Bernd Kränzle**, MdL, Augsburg

Schriftführer: Stadtdirektor **Sebastian Dusch**, München

Stellv. Vorsitzender: Berufsm. Stadtrat **Dr. Thomas Böhle**, München

Forstausschuss

Vorsitzender: Erster Bürgermeister **Josef Mend**, Iphofen

Schriftführer: Erster Bürgermeister **Franz Stahl**, Tirschenreuth

Stellv. Vorsitzender: Forstdirektor **Dr. Gerhard Gaudlitz**, Landsberg a. Lech

Schulausschuss

Gesundheitsausschuss

Vorsitzender: Oberbürgermeister **Franz Stumpf**, Forchheim

Vorsitzende: Bürgermeisterin **Christine Strobl**, München

Stellv. Vorsitzender: Bürgermeister **Dr. Clemens Gsell**, Nürnberg

Sozialausschuss

Vorsitzender: Berufsm. Stadtrat **Reiner Prölß**, Nürnberg

Stellv. Vorsitzender und Schriftführer: Sozialreferent **Carsten Hillgruber**, Bayreuth

Sportausschuss

Vorsitzender: Oberbürgermeister **Gerold Noerenberg**, Neu-Ulm

Stellv. Vorsitzender: Oberbürgermeister **Klaus Herzog**, Aschaffenburg

Schriftführer: Sportamtsleiter **Ulrich Klement**, Erlangen

Umweltausschuss

Vorsitzender: Berufsm. Stadtrat **Dr. Peter Pluschke**, Nürnberg

Stellv. Vorsitzender: Erster Bürgermeister **Erich Odörfer**, Altdorf b. Nürnberg

Schriftführer: Stadtrechtsrat **Knut Engelbrecht**, Schwabach

Verwaltungs- und Rechtsausschuss

Vorsitzender: Oberbürgermeister **Dr. Ivo Holzinger**, Memmingen

Stellv. Vorsitzender: Stadtrat **Otto Schaudig**, Ansbach

Schriftführer: Berufsm. Stadtrat **Dr. Wilfried Blume-Beyerle**, München

Wirtschafts- und Verkehrsausschuss

Vorsitzende: Oberbürgermeisterin **Carda Seidel**, Ansbach

Stellv. Vorsitzender: Oberbürgermeister **Hans Rampf**, Landshut

Schriftführer: Berufsm. Stadtrat **Thomas Bugl**, Rosenheim

Termine

- | | |
|------------|---|
| 21.01.2015 | Arbeitskreis Planen und Bauen in München |
| 22.01.2015 | Arbeitskreis Finanzen in München |
| 23.01.2015 | Finanzausschuss in München |
| 27.01.2015 | Arbeitskreis Vermessung und Geoinformation in München |
| 28.01.2015 | Bau- und Planungsausschuss in Nürnberg |
| 30.01.2015 | Sozialausschuss in München |
| 03.02.2015 | Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in München |
| 04.02.2015 | Bezirksversammlung Oberpfalz in Wiesau |
| 10.02.2015 | Vorstand in München |
| 12.02.2015 | Pressekonferenz in München |
| 17.03.2015 | Verwaltungs- und Rechtsausschuss in München |

- 18.03.2015 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Alzenau
- 20.03.2015 **Schulausschuss**
- 26.03.2015 **Bezirksversammlung Oberbayern** in Pfaffenhofen a. d. Ilm
- 15.04.2015 Arbeitskreis **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** in München
- 15.04.2015 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Ansbach
- 16.04.2015 **Bezirksversammlung Mittelfranken**
- 16./17.04.2015 **Sportausschuss** in Bayreuth
- 21.04.2015 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 22.04.2015 **Kulturausschuss** in München
- 23.04.2015 **Bezirksversammlung Schwaben**
- 23.04.2015 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 24.04.2015 **Finanzausschuss** in München
- 29.04.2015 **Bezirksversammlung Niederbayern**
- 05.05.2015 **Vorstand** in München
- 06.05.2015 **Pressekonferenz** in München
- 20.05.2015 **Forstausschuss** in Landshut
- 22.05.2015 **Personal- und Organisationsausschuss** in München
- 12.06.2015 **Schulausschuss** in München
- 15.06.2015 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Neunburg vorm Wald
- 18.06.2015 **Bezirksversammlung Oberfranken** in Bamberg
- 23.06.2015 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in Memmingen
- 24.06.2015 **Bau- und Planungsausschuss** in München